

**des Ausschusses für Wirtschaft, Kreisentwicklung und
Umweltschutz
des
Landkreises Leipzig**

Beschlussdatum: 09.01.2013	Grundlage (Vorlage): BV-2013/001	Beschluss Nr.: 2013/001	Öffentlicher Beschluss: Ja
Änderung(en) am:	Grundlage (Vorlage):	Mit Beschluss Nr.:	Öffentlicher Beschluss:
Aufgehoben am:	Grundlage:	Mit Beschluss Nr.:	Öffentlicher Beschluss:

Beschlussgegenstand:

Geänderter Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2012 mit Umweltbericht - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange –

Beschlusstext:

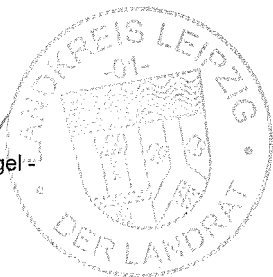
Der Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Umweltschutz stimmt

der als Anlage beigefügten Stellungnahme des Landkreises Leipzig zum geänderten Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2012 (LEP 2012), Stand 25. September 2012 - Entwurf mit Änderungsmodus – zu.

Borna, den 09.01.2013

Dr. Gerhard Gey
Landrat

- Siegel -



DER LANDRAT

Landratsamt Landkreis Leipzig | 04550 Borna

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Abt. Landesentwicklung, Vermessungswesen
Herr Dr. Frank Pfeil
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

Borna, den 10.01.2013

Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2012 (LEP 2012), Stand 25. September 2012, Entwurf mit Änderungsmodus

Sehr geehrter Herr Dr. Pfeil,

zu Beginn des Jahres 2012 hat der Landkreis Leipzig bereits eine Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes (LEP2012) abgegeben und um Überarbeitung einzelner Facetten/Kapitel gebeten.

Mit Schreiben des Freistaates Sachsen, Staatsministerium des Innern, 29. Oktober 2012, wurde der Landkreis Leipzig erneut zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Der Landkreis Leipzig teilt diesbezüglich Folgendes mit:

I

Der Landkreis Leipzig würdigt insbesondere, dass das informelle Planungsinstrument des Landkreises, das Kreisentwicklungskonzept, zukünftig im Landesentwicklungsplan (Begründung zum Grundsatz 2.1.1.2) integriert wird und von den Trägern der Regionalplanung angemessen zu berücksichtigen ist. Dem Kreisentwicklungskonzept wird unter anderem die Rolle eines Basisinstrumentes zuerkannt, das zur Entscheidungsfindung bei der Bearbeitung von Fördermittelanträgen herangezogen werden sollte (siehe Begründung S. 51).

Aus Sicht des Landkreises wird diesem Strategieinstrument durch die Aufnahme im Landesentwicklungsplan besondere Bedeutung beigemessen. In Folge wird sich der Kreistag zukünftig bei Beschlussfassungen am Inhalt dieses Planungsinstrumentes orientieren.

II

Bisher nicht eingeräumt wurde dem Landkreis Leipzig eine Einsichtnahme in die Abwägungsergebnisse zum Planentwurf. Dies hätte ggf. zur Aufklärung einiger Ungereimtheiten beitragen und den Aufwand für erneute Modifizierungen verringern können.

Aus diesem Grund erlaube ich mir den Hinweis, dass die Ausführungen des Landkreises Leipzig u.a. zum Kap. 2.1 Regionalentwicklung, Ziel 2.2.13, Kapitel 2.2.2, Grundsatz 2.3.3.1, Grundsatz 2.3.3.12, Ziel 4.1.1.13, Ziel 4.2.2.6, Begründung zu 6.1.2, Ziel 6.2.9 und Grundsatz 6.2.13 aus der Stellungnahme vom 22.03.2012 bisher unbegründet keinen Zugang zum überarbeiteten Entwurf, Stand 25.09.2012, fanden. Es wird erneut um Berücksichtigung dieser Hinweise und Anregungen gebeten.

III

Des Weiteren erfolgte wiederholt seitens des Landkreises eine Abstimmung zum überarbeiteten Entwurf mit dem Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen. Der Landkreis Leipzig unterstützt die regionalplanerische Stellungnahme des Verbandes vollumfänglich und bittet dies entsprechend bei der Abwägung zu berücksichtigen. Eine Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen der Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen ist nachvollziehbar zu begründen.

IV

Die Prüfung der fachlichen Belange erfolgte unter Hinzuziehung der einzelnen Fachämter. Im Ergebnis der Prüfung werden seitens des Landkreises Leipzig folgende Hinweise und Anregungen abgegeben:

A zum Kapitel 3 – Verkehrsentwicklung

Der Landkreis Leipzig hat sich bereits in seiner Stellungnahme zum Landesverkehrsplan bezüglich der aktuellen Verkehrsentwicklung innerhalb des Landkreises geäußert und seine Anregungen ausreichend begründet. Diese fanden jedoch im Landesverkehrsplan kaum Beachtung. Die abschließende Abwägung des Landesverkehrsplanes ist dem Landkreis nicht bekannt.

Aus diesem Grund werden zum vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsplanes, Kapitel Verkehrsentwicklung, auch die Bedenken des Landkreises zum Ausdruck gebracht. Aus gegebenem Anlass wird dringend um Berücksichtigung gebeten.

Zur B 87

Die in der Karte „Fachlicher Entwicklungsplan Verkehr“ eingetragene nördliche Umgehung der Stadt Markranstädt ist die Fortführung des LEP 2003 sowie des GVP 1988 Bezirk Leipzig.

Aus heutiger verkehrsorganisatorischer Sicht ist jedoch eine Umgehung der Stadt Markranstädt im Zuge der B 186 in westliche Richtung mit Beseitigung des Bahnüberganges der Strecke Leipzig – Großkorbetha, auf der auch die ICE-Linien Berlin – Leipzig – München und Dresden – Leipzig – Frankfurt am Main verkehren, vordringlich.

Begründung:

Die B 186 hat insbesondere durch die Inbetriebnahme der BAB 38 „Südumfahrung Leipzig“ eine überdurchschnittliche und überregionale Bedeutung für den Fahrverkehr im Südwesten des Großraums Leipzig erhalten. Sie ist zugleich die Bedarfsumleitung für den südwestlichen Autobahnring um Leipzig (BAB 9/ BAB 38). Aufgrund ihrer Verbindungsfunktion sowie der Vielzahl von Gewerbegebieten am Verlauf des Straßenzuges weist sie zudem einen hohen Anteil an Schwerverkehr auf.

Durch die vorhandene beidseitige Bebauung im innerstädtischen Bereich der Stadt Markranstädt ist die zur Verfügung stehende Straßenraumbreite zur Unterbringung der Nutzungsansprüche aller Verkehrsteilnehmer äußerst begrenzt.

Die vorliegenden Ergebnisse der Straßenverkehrszählung des Jahres 2010 (SVZ 2010) wurden dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) übergeben, welches eine Modellberechnung zur Luftqualität vorgenommen hat.

Im Ergebnis wurde uns sinngemäß mitgeteilt, dass die relevanten Immissionswerte für den genannten Bereich mit $28 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für die PM_{10} -Belastung und $35 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für die NO_2 -Belastung unter den gültigen Grenzwerten liegen. Jedoch tendiert die NO_2 -Belastung in Richtung des zulässigen Jahresmittelwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$.

Zur B 2

Die Ortsumgehung Groitzsch/ Audigast wird ebenfalls zur Aufnahme in den vordringlichen Bedarf vorgeschlagen.

Begründung:

Die Strecke Zwenkau/Zeitz bildet sich immer mehr zu einer Strecke für den Großraum- und Schwerverkehr heraus. Die derzeitige innerörtliche Führung der Trasse in Audigast ist zum Teil schwer befahrbar und bei notwendigen Sperrungen des Teilstücks Audigast – Pegau (Hochwasser) steht mit der S 61 keine adäquate Umleitung zur Verfügung.

Zur B 176

Eine Anmerkung zum Neubau der Bundesstraße 176 im Bereich Neukieritzsch wurde bereits in der Stellungnahme des Landkreises Leipzig vom 22.03.2012 erfasst. Darüber hinaus wurde selbiges in der Stellungnahme zum Landesverkehrsplan aufgenommen. Nunmehr ist die Bundesstraße im vorliegenden Entwurf Landesentwicklungsplan Bestandteil der Karte 4 (Festlegungskarte), Verkehrsinfrastruktur, Vermerk: „Bundesstraße im Bau“.

Zusätzlich zu beachten ist, dass für die weiterführende Anbindung zwei zeitlich voneinander getrennte Projekte vorliegen. Die B 176 mit Nordanbindung befindet sich aktuell im Bau, die Südanbindung ist für einen späteren Zeitpunkt avisiert. Aus Sicht des Landkreises ist die südliche

Anbindung im textlichen Begründungsteil aufzunehmen. Die Darstellung in Karte 4 sollte entsprechend überarbeitet werden.

Grundsatz 3.7.1 / Ergänzung:

„Die Entwicklung eines landesweiten zusammenhängenden Radverkehrsnetzes soll auf Grundlage....**Ergänzend sollen die Träger der Regionalplanung die Radverkehrskonzeptionen der Landkreise angemessen berücksichtigen.**“

B zum Kapitel 4 – Freiraumentwicklung

Ziel 4.2.2.1 / Überarbeitungsbedarf

Für das Kapitel 4.2.2 Forstwirtschaft, Ziel 4.2.2.1, besteht aus Sicht des Landkreises Überarbeitungsbedarf. Eine Mehrung der Waldfläche auf einen Waldanteil von 19 % ist in der Planungsregion Westsachsen aus verschiedenen Gründen nicht zu erreichen.

Begründung:

Der hauptsächliche Beitrag für die Waldmehrung wäre zu leisten gewesen im Rahmen der Sanierung der Bergbaufolgelandschaft des Leipziger Südraumes als Schwerpunktregion. Es wird eingeschätzt, dass unter den gegebenen Bedingungen etwa 12% bis maximal 13 % Waldflächenanteil erreicht werden können.

Der Hinweis im LEP, dass die Waldmehrung schwerpunktmäßig durch eine umfassende Bewaldung der Kippen der Tagebaue Zwenkau, Espenhain, Witznitz und Schleenhain erfolgen soll, ist unrealistisch.

Auf den Kippen der Tagebaue Zwenkau, Espenhain und Witznitz kann keine weitere Erhöhung des Waldanteiles erreicht werden, die Sanierung dieser Tagebauterritorien ist hinsichtlich der Aufforstungen durch die LMBV gemäß ABP im Wesentlichen bereits abgeschlossen. Im Hinblick auf den

Grundwasserwiederanstieg sind auf den Kippen der Tagebaue Zwenkau und Espenhain eher temporär und dauerhaft erhebliche Waldverluste zu befürchten und die Frage nach Ersatzmöglichkeiten (insbesondere im Hinblick auf den prognostizierten Klimawandel) ist zu stellen.

Im Tagebau Schleenhain hält sich der künftige Beitrag zur Waldmehrung in Grenzen.

Als Vorrangflächen für die Waldmehrung wurden in den Tagebauterritorien des Südraumes bereits sämtliche landwirtschaftlich sanierten Kippenflächen ausgewiesen, jedoch besteht bekanntermaßen kaum eine Aussicht auf freiwillige Aufgabe der Landwirtschaft zugunsten von Aufforstungen. Außerdem haben sich die Rahmenbedingungen der forstlichen Förderung verschlechtert, so dass für Landwirte die Aufforstung keine finanzielle Alternative darstellt. (Flächen mit Bodenrichtwert über 45 sollten für die landwirtschaftliche Nutzung erhalten bleiben.)

Die Waldmehrungsplanung für das Territorium ist zunächst als Recherche aufforstbarer Flächen zu betrachten, allerdings auf unbestimmte Zeit. Die beplanten Flächen sind nicht von kompakter Größe und wären damit nach Aufforstung auch funktional wesentlich geringwertiger als komplexere Waldgebiete wie z.B. die Neue Harth oder die Crostewitzer Höhe.

Begrenzend für die Waldmehrung sind im Sanierungsgebiet des Südraumes permanent anwachsende Interessenkollisionen, in deren Folge die Flächenneubeanspruchung (zwei Autobahnneubauten, Parkmöglichkeiten für Naherholung und Tourismus, Maßnahmen für Gewässerverbund, Ferien – und Freizeitobjekte) steigt und sich in wachsendem Maße Probleme für die Erhaltung des Waldes abzeichnen. In vielen Fällen werden vorher für die Waldmehrung aufgeforstete Flächen im Kultur – und Jungwuchsstadium in langwierigen Verfahren dafür wieder in andere Nutzungsarten umgewandelt. Hier zeigt sich ein deutlicher Widerspruch zu anderen Belangen des LEP, deren Entwicklung zwar erwünscht ist, doch im konkreten Einzelfall der Waldmehrung oder auch der Sicherung bestehender Waldflächen durch Vorrang entgegensteht. Seit Mitte der Neunziger Jahre hat sich eine Planungs dynamik entwickelt, welche an die Regionalplanung ganz außerordentliche hohe Anforderungen stellt.

Am Beispiel der BAB 72 (Abschnitt Röthaer Holz) zeigt sich deutlich das durch zahlreiche Waldeingriffe inzwischen akute Ersatzflächendefizit im Landkreis Leipzig – mit den Kompensationsflächen für die Waldbeanspruchung musste in den Landkreis Nordsachsen ausgewichen werden. Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen der Espenhainer Kippe konnten

die Aufforstungen nicht planfestgestellt werden, weil die Landwirte auf der weiteren Nutzung bestanden.

Als ein weiterer Verlust für die Waldmehrung sind viele unsaniert gebliebene Flächen anzusehen wie beispielsweise im Tagebauterritorium Peres, die aufgrund artenschutzrechtlicher Restriktionen nicht mehr für eine Aufforstung zur Verfügung stehen. Zum Teil sind auch bis heute unterbliebene Sanierungen durch die LMBV im Nachhinein deshalb nicht mehr umsetzbar, weil die Flächen inzwischen durch Offenlandarten besiedelt sind (Beispiel Brikettfabrik Regis). Es ist unter heutigen Bedingungen des verschärften Umweltrechtes davon auszugehen, dass die Aufforstungen in der Bergbaufolgelandschaft spätestens ein halbes Jahr nach der Sanierung erfolgen müssen.

Im regionalen Interesse und vor dem Hintergrund des beginnenden Klimawandels ist einem zügigen Umsetzen der Waldmehrung durch Aufforstung grundsätzlich gegenüber der Sukzession (mit Ausnahme der gänzlich unrekultivierten Flächen) der Vorrang einzuräumen, damit die Bestände möglichst zeitnah auch in eine Klimaschutzfunktion wachsen. Die Sukzession bringt das Risiko der Verdämmung durch Goldrute mit sich bzw. des unkontrollierten Ausbreitens von Neophyten mit dann kostenintensiven Gegenmaßnahmen. Der Erfolg ist fraglich und das Erreichen des Klimaxstadiums ist langfristig ungewiss.

In diesem Sinne wäre zumindest ein Beitrag leistbar, wenn für den Tagebau Schleenhain die Proportionen zugunsten der Waldmehrung durch Aufforstung verändert würden.

C zum Kapitel 6 – Daseinsvorsorge

Begründung zum Ziel 6.1 / Klarstellung

„Die Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Schulen, **Kindergärten**, Straßen, ÖPNV, bestimmt ganz maßgeblich...“

Anmerkung: Im aktuellen Sprachgebrauch ist der Begriff Kindergarten durch den Begriff Kindertageseinrichtung und Kindertagespflege (§ 22 SGB VII) zu ersetzen bzw. wie im folgenden Text auch unter dem Begriff Kindertagesbetreuung zusammen zu fassen.

Klarstellung der Begründung zu Grundsatz 6.1.1

„...Daseinsvorsorge, die unmittelbar die Lebensqualität in den Teilräumen bestimmen. Hierzu zählen unter anderem:

Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe, der **Familienhilfe** und Behindertenhilfe,...“

Anmerkung: Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sind z.B. Beratungsstellen, sozialpädagogische Familienhilfe, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendarbeit u. ä.. Sie umfassen damit auch Einrichtungen der Familienhilfe. Der gesonderte Begriff Familienhilfe ist damit nicht erforderlich oder müsste konkretisiert werden.

D ergänzende Anmerkungen zur Stellungnahme des Landkreises vom 22.03.2012

Leitbild, S.10 – Hinweis

Möglichkeiten der Energieeinsparung ergeben sich auch durch geeignete raumordnerische Vorgaben (z.B. integrierte Siedlungs- und Verkehrsplanung, Stärkung des SPNV).

Karte 4 Verkehrsinfrastruktur/Ergänzung

Der vorgesehene Ausbau der Verbindung Leipzig – Chemnitz (**gemäß Ziel 3.2.11**) sollte in der Kartendarstellung berücksichtigt werden

Kapitel 1.1 - allgemeine raumstrukturelle Entwicklung / Ergänzung

Barrierefreiheit im umfassenden Sinn wird als Querschnittsziel in allen Planungsprozessen verankert und bei Landesfördermaßnahmen berücksichtigt.

Ziel 2.3.2.3 – Hinweis

In der Begründung sollte der Begriff „städtebaulich günstige Lage“ qualifiziert werden. Die Formulierung „günstige Lage zum Stadtkern oder zu Stadtteilzentren mit Anbindung an den ÖPNV“ ist sehr auslegungsfähig (Jeder Standort an einer Bushaltestelle, zu der man aus einem Zentrum gelangen kann, könnte als „städtebaulich integriert“ interpretiert werden, was dem „tatsächlich Gewollten“ sicher nicht entspricht). Zumindest eine Aussage zur Bedienungshäufigkeit einer in diesem Zusammenhang als ausreichend anzusehende ÖPNV-Anbindung sollte deshalb getroffen werden.

Kapitel 3 – Verkehrsentwicklung, Grundsatzes G 3.1 / Ergänzung

-Der ÖPNV muss sich mittels Barrierefreiheit auf die Belange der Zielgruppe der Menschen mit Behinderungen einstellen und auch (vor allem in ländlichen Kommunen) eine gute Erreichbarkeit der Versorgungsschwerpunkte gewährleisten.

Kapitel 3.7 - Fahrrad- und Fußgängerverkehr / Anregung

In der Begründung zu 3.7 wird verstärkt auf die Mitnahme von Fahrrädern in öffentlichen Verkehrsmitteln hingewiesen: „Ebenso steigert die Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern in den Verkehrsmitteln des ÖPNV und der Eisenbahn die Attraktivität der Fahrradbenutzung.“

Grundsätzlich ist eine Fahrradmitnahme im schienen- und straßengebundenen ÖPNV zu befürworten, da hierdurch die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und der Verkehrsmittel des Umweltverbundes insgesamt gefördert wird. Andererseits können hierdurch die Kapazitätsgrenzen der Fahrzeuge auf stark frequentierten Relationen leicht erreicht bzw. überschritten werden, weshalb wir unsere Anregung bekräftigen, die Verfügbarkeit von Fahrrädern auch durch einen bedarfsgerechten Ausbau von Fahrradverleihsystemen zu erhöhen, um hierdurch eine Alternative zur Fahrradmitnahme in den öffentlichen Verkehrsmitteln anzubieten. Die hierdurch erreichbare Entlastung von der Notwendigkeit der Fahrradmitnahme ermöglicht eine bessere Auslastung verfügbarer Platzkapazitäten und kann zur Reduzierung der Dauer von Stationsaufenthalten und damit zur Beschleunigung des Verkehrsablaufs beitragen.

Z 3.7.4 / Ergänzung

„... ohne fremde Hilfe erreichen und benutzen.“

Kapitel 4.1.2 - Grundwasser-, Oberflächenwasser-, Hochwasserschutz; Ziel 4.1.2.3 /Ergänzung

Neuverrohrungen sind unzulässig. Nur bei Vorhaben von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind im Ausnahmefall Neuverrohrungen zulässig.

Kapitel 4.2 - Freiraumnutzung, Ziel 4.2.1.4 / Ergänzung

Es ist darauf hinzuwirken, dass der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen **und anderer Formen nachhaltiger Landwirtschaft** weiter zunimmt.

Begründung zu Ziel 4.2.1.1 / Hinweis

„Zur landwirtschaftlichen Nutzung von Böden gehört auch die Tierhaltung. In diesem Zusammenhang erforderliche bauliche Anlagen zur Tierhaltung sind daher zulässig. Allerdings sollen diese...“

Die Beschränkung auf § 35, Abs.1, Nr.1 BauGB schließt die gewerbliche Tierhaltung aus und ohne diese kann die territoriale Versorgung nicht verbessert und die bestehenden Anlagen im Falle einer Veräußerung nicht erhalten werden.

Begründung zu Ziel 4.2.1.3 / Hinweis

Über die Hälfte der Landesfläche in Sachsen wird landwirtschaftlich genutzt. Die biologische Vielfalt in der Intensiv genutzten Agrarlandschaft ist gefährdet, sie bedarf weiterhin einer besonderen Förderung. Insbesondere durch die Agrar- und Förderpolitik muss dem Erhalt und der Wiederherstellung von Lebensräumen mit Landbewirtschaftung mehr Bedeutung beigemessen werden. Das Problem liegt nicht allein im Bereich der Landwirtschaft, sondern parallel beim Artenschutz. Der Nutzen der Förderprogramme KULAP und AUW usw. ist weiter zu entwickeln, um diese besser nutzen zu können.

Begründung zu Ziel 4.2.1.4 / Hinweis

Zur Realisierung der Zielsetzung ist es erforderlich ökologisch wirtschaftende Betriebe in Ihrem Bestreben nach Flächenaufstockung/Arrondierung mit Hilfe der Bodenordnung zu unterstützen. (Eine positive Bodenlenkung ist nicht konform mit dem Gesetz – Grundstückverkehrsgesetz und Landpachtverkehrsgesetz)

Kapitel 6.2 - Erziehungs- und Bildungswesen, Wissenschaft, Grundsatz 6.2.3 / Ergänzung

Das Netz der Kindertageseinrichtungen, insbesondere der Kindergärten und Horte, soll sich u. a. unter Einbeziehung der Gemeinden und der freien Träger am Netz der Grundschulen orientieren. **Hauptorientierungspunkt ist der erforderliche Bedarf.**

Kapitel 4.2.3. – Bergbau und Rohstoffsicherung

Der Vorschlag für eine Zieländerung des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West-sachsen „dazu sind Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für den Rohstoffabbau festzulegen.“ Wird insbesondere unterstützt.

Allgemeines

Der Einband und die Einleitung des Planes sollten mit dem Zeithorizont zum Inhalt (Landesentwicklungsplan 2025) in Übereinstimmung gebracht werden.

Aktuell werden die Karte 1 sowie die Kap. 1.1, 1.2, 1.3 und 1.4 (Raumstrukturelle Entwicklung, Raumkategorien, Zentrale Orte und Verbünde sowie Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion) geprüft, ggf. ist eine Rücksprache mit den betroffenen Kommunen im Januar 2013 notwendig. Eine diesbezügliche Information erfolgt im Ausschuss für Wirtschaft, Kreisentwicklung und Umweltschutz am 09.01.2013.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Gey

Anlage:

Kopie des Beschlusses 2013/001 vom 09.01.2013